

Kauder, Kramp-Karrenbauer, Brüderle – die Verhinderer

Was haben CDU-Fraktionschef Volker Kauder, CDU-Generalsekretärin Annetegret Kramp-Karrenbauer und der ehemalige FDP-Bundeswirtschaftsminister und Cheflobbyist Rainer Brüderle gemeinsam? Als „Ewig-Gestrige“ wollen ein sozialeres, gesunderes Deutschland verhindern.

Zu dem im Koalitionsvertrag vereinbarten Rückkehrrecht aus Teilzeit in Vollzeit hat Bundesarbeitsminister Hubertus Heil bereits im April dieses Jahres einen Gesetzentwurf vorgelegt; das Gesetz sollte noch vor der Sommerpause verabschiedet werden, um am 1. Januar 2019 in Kraft treten zu können. Doch die CDU mauert: CDU-Generalsekretärin Kramp-Karrenbauer erklärte gegenüber der Presse lapidar: "Wir müssen einiges verhandeln. So einfach geht es nicht." Klar: Wochenlanges Gezerre in der Flüchtlingspolitik geht der Union vor sozialen Verbesserungen, die vor allem Frauen zu Gute kommen – ein interessanter Blick auf das Frauenbild der CDU!

Und wo blockiert CDU-Fraktionschef Volker Kauder? Beim Schutz der Kinder vor großflächigem Tabak-Werbeverbot. Zwischen SPD und CDU war im Koalitionsvertrag (damals noch mit dem ehemaligen CDU-Gesundheitsminister Hermann Gröhe) ein umfassendes Werbeverbot für Tabakwaren vorgesehen – doch in der Spitzenrunde flog es raus, angeblich auf Initiative von Kauder. Vorarbeit für eine zukünftige Chef-Lobbyisten-Position?

Auch ein ehemaliger FDP-Politiker hat es auf eine Chef-Lobbyisten-Position geschafft und macht unrühmlich von sich reden: Er will die flächendeckende Einführung von Tariflöhnen in der Altenpflegebranche verhindern. Der Bundesverband privater Anbieter sozialer Dienste (bpa) empfiehlt nach Informationen der online-Ausgabe des „Spiegel“ vom 30.6.2018, in den ihm angeschlossenen Betrieben sogenannte „Arbeitsvertragsrichtlinien“ anzuwenden; das bedeutet: Mindest-Urlaubsanspruch von nur 20 Tagen im Jahr – kein Wort über Recht auf Weihnachts- oder Urlaubsgeld. Das „Sahnehäubchen“: Präsident Brüderle spricht den Gewerkschaften die Legitimation ab, Tariflöhne aushandeln zu können, und würde wohl lieber keine Gewerkschaftsvertreter in den rund 10.000 verbandsangehörigen privaten Pflegeheimen und ambulanten Diensten – immerhin etwa die Hälfte des Marktes – haben wollen. Was für ein Zeichen angesichts eines anhaltenden Pflegenotstandes!

Was lernen wir daraus?

Wir müssen uns wehren gegen die „Ewig-Gestrigen“ und dürfen ihnen keine Chance geben, den sozialen Frieden in unserem Lande zu zerstören! Wir müssen deutlich machen, wer sich für das Wohl unserer Gesellschaft einsetzt! Und wir müssen schonungslos aufdecken, wer „rückwärtsgerwandt“ ist und in egoistischem Interesse handelt.